

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

16. Dezember 2008

im **Musiksaal der Hauptschule** in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 19.50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Angela **Bloss**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Dr. Rainer **Köthe**, Engelbert **Lorenz**, Thomas **Mayer**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Roland **Schnell**

Verwaltung: Böhm, Hack

Es fehlten als entschuldigt: Gerold **Rossel**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 08. Dezember 2008 ordnungsgemäß eingeladen worden ist.

Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 12. Dezember 2008 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 18. November 2008

Beschluss:

Der Sitzungsniederschrift vom 18. November 2008 wird zugestimmt.

Abstimmung: 14 Ja

02. Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009

Bürgermeister Vogt führt zum Haushaltsplan 2009 folgendes aus:

„Wenn man die Tageszeitung liest oder die Nachrichten hört kann man den Eindruck gewinnen, als wäre ein Wettlauf um die schlechtesten Prognosen für das kommende Jahr entbrannt. Wenn Sie sich hingegen den Haushaltsplan 2009 der Stadt Neckarbischofsheim anschauen, finden Sie nichts, was auf trübe Aussichten schließen ließe.

Ich könnte momentan vermutlich viel Geld damit verdienen, wenn ich wüsste, welche dieser beiden Szenarien im kommenden Jahr tatsächlich eintritt.

Ich neige momentan zu einer optimistischen Beurteilung – obwohl ich um die Probleme des städtischen Haushalts sehr gut Bescheid weiß.

Unsere Steuersätze bleiben unverändert, mit Ausnahme der Bestattungsgebühren wird es keine weiteren Gebührenerhöhungen geben und das Leistungsangebot an die Bürger insbesondere bei den Kindergärten und den Schulen erfährt keine Einschränkungen.

Nach wie vor ist die Stadt Neckarbischofsheim von den Steuereinnahmen abhängig – ein Ausfall der Einkommens- und Gewerbesteuer kann durch entsprechende Einsparungen in der Unterhaltung oder anderer Positionen nicht eingespart werden.

Nach wie vor belastet das Gymnasium den Haushalt in erheblichem Umfang. Sicherlich ist es ein Gewinn, eine solche Einrichtung im Ort zu haben. Nur handelt es sich hierbei um eine ideale Währung, mit der sich unsere Kredite leider nicht bezahlen lassen.

Gemeinderat und Verwaltung haben sich Investitionen von rund 1,4 Mio. Euro vorgenommen. Mehr als die Hälfte fließt dabei in die Schulen und sorgt damit auch für ein besseres Bildungsangebot.

Für den Kanalbau, Straßensanierungen, den Schlosspark, Bauhof, Friedhof und das Landessanierungsprogramm sollen über 600.000,00 Euro investiert werden.

Apropos Landessanierungsprogramm: Wir haben einmal zusammengestellt, was bisher in diesem Programm vergeben wurde. Von insgesamt 258.000,00 Euro für private Investitionen wurden 223.000,00 Euro oder 86% an heimische Handwerksbetriebe bezahlt. Man kann wohl ohne Übertreibung feststellen, dass es sich hierbei um ein sehr effektives Konjunkturprogramm handelt.

Einen Wehrmutstropfen gibt es noch: Für die Investitionen muss sich die Stadt mit 325.000,00 Euro weiter verschulden. Ein Betrag der sicherlich nicht unproblematisch ist, der aber unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte gut investiertes Geld in die Zukunft ist.

Mit dem Kommunalrechtsamt wurde dieser Punkt bei einem Gespräch am 11. Dezember 2008 abgestimmt.

Wenn alle Einnahmen im geplanten Umfang fließen, müssen wir uns um die Investitionen 2009 keine weiteren Gedanken machen – wenn dies nicht der Fall ist, führen wir diese Diskussion dann erst nach den hoffentlich geruhsamen Feiertagen im neuen Jahr.“

Stadtrat Rüdiger Knapp führt für die CDU/UW-Fraktion zum Haushalt 2009 folgendes aus:

„In fünfeinhalb Monaten wird ein neuer Gemeinderat gewählt. Die Kandidaten und Parteien bzw. die Wählervereinigungen sind aufgerufen, der Bürgerschaft zu sagen, wie sie sich die äußere und innere Entwicklung Neckarbischofsheims in den Jahren von 2010 bis 2014 vorstellen.

Allerdings wird es immer schwieriger, geeignete Kandidaten für die Übernahme des Amtes als Stadträtin bzw. Stadtrat zu finden und zu überzeugen. Vielleicht auch deshalb, weil neben dem erheblichen Zeitaufwand für einen Ehrenamtsträger, dem Einzelnen und dem gesamten Gemeinderat wegen der finanziellen Situation der Stadt „die Hände gebunden sind“. Seit Jahren „verwalten“ wir eigentlich nur unsere Infrastruktur und können sie nicht mehr „gestalten“.

Im Rhein-Neckar-Kreis gibt es 54 Städte und Gemeinden. Nur wenige von ihnen haben so hohe Einnahmen, dass sie keine Zuweisungen des Landes benötigen. Neckarbischofsheim ist leider keine dieser Gemeinden.

Die Steuerkraftsumme für 2009 liegt nach dem Finanzbericht des Kommunalrechtsamts beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis bei 3.388.154,00 €, je Einwohner ein Betrag von 858,41 €. Damit liegt unsere Stadt auf Platz 30 von 54 Gemeinden. Noch gravierender sieht es beim Einkommensteueranteil für das Jahr 2007 aus. Hier stehen wir auf Platz 52 mit 1.268.000,00 € und 321,91 € pro Kopf-Einnahmen. Nur Waibstadt und Lobbach haben hier schlechtere Einnahmeverhältnisse.

Dennoch brauchen wir in Neckarbischofsheim mit unseren Ausstattungs- und Dienstleistungsstandards den Vergleich mit finanzstärkeren Kommunen zu scheuen.

Dass trotz der geringen Finanzkraft einiges erreicht werden konnte hat drei Gründe:

1. Der Gemeinderat und die Verwaltung wirtschaften sparsam.
2. Die zur Verfügung stehenden Gelder werden nicht nach dem Motto „Allen wohl und niemandem wehe“ verteilt, sondern konzentriert für Maßnahmen ausgegeben, die die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Stadt erhöhen.
3. Die Verwaltung ist straff organisiert und alle Personalentscheidungen orientieren sich ausschließlich am Leistungsprinzip.

Natürlich gibt es Wünsche, die noch nicht erfüllt sind oder nicht erfüllt werden können. Dies wird jedoch immer so sein, da Geld ein „knappes Gut“ ist.

Neckarbischofsheim ist unterfinanziert. Das ist nichts Außergewöhnliches, sondern in den meisten Kommunen, die auf Landeszuweisungen angewiesen sind, in unterschiedlicher Höhe der Fall.

Es gab früher sicherlich Jahre, in denen die Einnahmen ausreichten, um alle Ausgaben zu finanzieren, aber in den letzten Jahren auch viele Jahre, in denen das nicht so war und in Zukunft auch nicht so ist.

Das Jahr 2009 ist wieder so ein Fall. Zwischen den prognostizierten Einnahmen und Ausgaben klafft eine große Lücke. Das aktuelle Defizit wird in erheblichem Umfang durch die Unterhaltung des Adolf-Schmittthener-Gymnasiums verursacht. Dieses zwingt uns dazu, in diesem Jahr wieder an die 125.900,00 € (Vorjahr 108.400,00 €) für die laufende Unterhaltung im Verwaltungshaushalt und 67.000,00 € (Vorjahr 112.500,00 €) an Krediten für die Sanierungs- bzw. Baumaßnahmen an der Schule aufzubringen. Mit den laufenden Zinsen und Tilgungen, die wir durch Kreditaufnahmen (1,1 Mio. €) aus den Vorjahren bereits zu entrichten haben und die sich nach Rücksprache mit dem Stadtkämmerer auf ca. 77.300,00 € belaufen, sind dies insgesamt 270.200,00 € die wir zur Zeit jährlich in das Gymnasium investieren – für aktuell 86,56% auswärtige Schülerinnen und Schüler.

Der Anteil für die ortsansässigen 13,44% Schülerinnen und Schüler beträgt ganze 36.300,00 €. Die Stadt Neckarbischofsheim muss diese Lücken schließen. Dazu stehen mehrere Möglichkeiten zur Verfügung:

1. Sie nimmt Kredite zulasten der nächsten Generation auf. Dies ist eigentlich ethisch nicht vertretbar, wird aber dennoch schon seit Jahren gemacht, um den städtischen Haushalt ausgleichen zu können. Wie im Haushaltsplan 2009 aufgeführt, werden unsere Schulden bis Ende des Jahres auf satte 4,361 Mio. € anwachsen. Der jährliche Zins- und Tilgungsbetrag wird vom Stadtkämmerer mit knapp 400.000,00 € veranschlagt, wobei hier noch nicht die beiden Kredite aus dem Jahre 2008 und 2009 berechnet sind.
2. Sie reduziert die Ausgaben und kürzt damit Leistungen für die Bürgerschaft oder erhöht ihre Einnahmen, indem sie Einwohnerinnen und Einwohner, die besondere Leistungen in Anspruch nehmen, stärker belastet. Beides führt erfahrungsgemäß zu heftigen Protesten und ist auch aus materiellen Gründen nur ausnahmsweise durchsetzbar. Im Haushaltsjahr 2009 wurden lediglich die Bestattungsgebühren angepasst. Dies geschah auf Grund der überörtlichen Prüfung der Verwaltung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg, deren Prüfer der Verwaltung mitgeteilt haben, dass die Bestattungsgebühren neu zu kalkulieren sind.
3. Eine weitere Alternative ist, die Steuern zu erhöhen. Erfahrungsgemäß ist dies erstaunlicherweise der leichteste Weg, da die Protestwellen relativ schnell abklingen. Dennoch schlagen die Verwaltung und der Gemeinderat keine Steuererhöhungen vor. Dies wurde nicht einmal ansatzweise in den Haushaltsberatungen diskutiert.

Eine Gewerbesteuererhöhung passt in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs nicht in die Landschaft.

Die Erhöhung der Grundsteuer B wäre unerträglich, da sie auch die treffen würde, die schon jetzt jeden Euro umdrehen müssen. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die mit ihrem Einkommen auch bei bestem Willen nicht mehr auskommen, steigt kontinuierlich. Viele Menschen können die explosionsartigen Kostensteigerungen für Energie, die vielfältigen Beitrags- und Gebührenerhöhungen und die hohen Lebensmittelpreise nicht mehr verkraften.

Es wäre zutiefst ungerecht, diejenigen, die zu striktester Sparsamkeit gezwungen sind, zusätzlich zu belasten. Dies gilt erst recht, wenn Steuererhöhungen beschlossen werden, um neue freiwillige Leistungen für andere finanzieren zu können.

Obwohl auch unsere Stadt seit Jahren unter den Kostenerhöhungen leidet, ist der Hebesatz für die Gewerbesteuer seit drei Jahren, und die Hebesätze für die Grundsteuer A und B seit vier Jahren nicht mehr verändert worden.

Der diesjährige Haushalt wird hauptsächlich durch eine kräftige Entnahme von 490.500,00 € aus der erst angesparten Rücklage ausgeglichen. Somit wurde der Sparstrumpf der Stadt schon nach einem Jahr wieder geplündert. Somit beträgt der Rücklagenstand zum Ende 2009 4.974,00 €. Eine nicht unproblematische Angelegenheit.

Ein Wort zur Region: Vieles spricht dafür, regional zu denken und zu handeln. Es ist sinnvoll, die Kräfte aller Gebietskörperschaften in der Region zu bündeln, um auf höheren politischen Ebenen oder im Wettbewerb um Arbeitsplätze zwischen den Regionen größere Erfolge zu erzielen, als dies ohne gemeinsame Auftritte möglich wäre. Es drängt sich zudem auf, Pläne für Räume, die sich über die Stadt- und die Grenzen des Gemeindeverwaltungsverbandes Waibstadt und auch des Rhein-Neckar-Kreises, bspw. in den Landkreis Heilbronn hinaus erstrecken, gemeinsam zu erarbeiten.

Um Synergieeffekte erzielen zu können müssen wir verstärkt im GVV Waibstadt, mit der Stadt Bad Rappenau und der Stadt Sinsheim zusammenarbeiten. Dies könnte u.a. sein:

1. Die Trägerschaft der Schulen könnte an den GVV übergeben werden
2. Der ÖPNV könnte an den Landkreis Heilbronn angebunden werden
3. Im Bereich des Tourismus könnte man sich an die Stadt Sinsheim anschließen.

Es muss allerdings durch entsprechende Vereinbarungen sichergestellt werden, dass unsere Rechte gewahrt bleiben, unsere Interessen tatsächlich berücksichtigt und etwaige Nachteile aus der Zusammenarbeit durch Vorteile kompensiert werden.

Für die Region um Neckarbischofsheim wird nur dann das Optimale erreicht werden können, wenn das Verhältnis zwischen allen Beteiligten vertrauensvoll ist.

Die demographische Entwicklung in Neckarbischofsheim schreitet ebenfalls voran. Mittlerweile ist weithin bekannt, dass in Neckarbischofsheim künftig mehr alte und hochbetagte Menschen leben werden und weniger Kinder und Jugendliche. Zudem geht die Bevölkerungszahl zurück, wenn die Stadt nicht gegensteuert. In den letzten zehn Jahren ging die Einwohnerzahl von 4.011 (30.06.1998) auf derzeit 3.863 zurück. Ob wir die Bevölkerungsverluste von 148 Einwohner durch das Neubaugebiet „Eichertstal“ in den nächsten Jahren wieder auffangen können bleibt abzuwarten.

Zu Bedenken ist schon heute, dass wenn eine Bevölkerungsgruppe wächst es konsequent ist, für sie bestimmte Mittel im gleichen Umfang zu erhöhen. Noch muss Neckarbischofsheim für die Seniorenbetreuung keine größeren Kosten aufwenden, zumindest sind diese im Haushaltsplan nicht extra aufgeführt. Da schon jetzt bekannt ist, dass Mittel im Haushalt erforderlich sind, könnten diese bereits heute in kleinen Schritten und damit ohne größere Konflikte eingeplant werden. Verhängnisvoll wäre es, diese Verpflichtung für die „Älteren“ einfach zu ignorieren.

Ein Wort zur Bildung: Unser Lebensstandard hängt vom Bildungsstand ab. Es ist deshalb gesellschaftlicher Konsens, dass die Investitionen in die Bildung erhöht werden müssen.

In Neckarbischofsheim hat die Förderung der schulischen Bildung schon seit Jahren höchste Priorität. Die ist bereits daran ablesbar, dass die Stadt Neckarbischofsheim in den letzten zehn Jahren allein für Baumaßnahmen im schulischen Bereich mehr als sieben Millionen Euro ausgegeben hat.

Der Gemeinderat und die Verwaltung stehen Neuerungen im Bildungsbereich aufgeschlossen gegenüber. Dies gilt auch, wenn mit ihnen zusätzliche Investitionen oder sonstige Mehrausgaben verbunden sind. Allerdings nur, wenn es zugunsten der einheimischen Schülerinnen und Schüler erfolgt.

Wie bereits vorhin erwähnt, wurden aber für über 86% der auswärtigen Schüler diese Ausgaben getätigt.

Noch hat Neckarbischofsheim nicht „Ja“ zur offenen Ganztagschule gesagt. Die Stadt muss deshalb in den nächsten Jahren bestrebt sein, die beiden Schulen zu gebundenen Ganztagschulen zu entwickeln. In Abstimmung mit den Schulleitungen sollte aus dem gesamten Schulzentrum eine Ganztagschule entwickelt werden. Der Bau der Cafeteria/Mensa ist hierzu der richtige Weg.

Auch Kindertagesstätten sind Bildungsstätten. Der Nachwuchs muss frühzeitig gefördert werden, um sicherzustellen, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten gleiche Entwicklungschancen bekommen. In Neckarbischofsheim ist bereits gewährleistet, dass alle Kinder, die drei Jahre und älter sind, einen Kindergartenplatz in Anspruch nehmen können. Die Versorgungsquote liegt bei uns derzeit über 100%.

Im Mittelpunkt der Diskussionen steht seit geraumer Zeit die Betreuung der unter Dreijährigen. Aktuell werden in Neckarbischofsheim 7 im Evangelischen Kindergarten und 5 in der Villa Kunterbunt betreut.

Neckarbischofsheim wendet im Haushalt 2009 350.500,00 € für die Kinderbetreuung in Neckarbischofsheim auf (0-6-Jährige)

Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung zum HH-Ansatz 2008 um 91.000,00 €.

Alleine auf die Kleinkindbetreuung, die bisher von den Naturfreunden im Pädagogium in der Hauptstr. übernommen wurde, fallen davon knapp 37.000 Euro an.

Die Kleinkindbetreuung muss schnellstens geklärt werden, damit hier nicht jedes Jahr von neuem begonnen werden muss.

Die neu geschaffene „Kultur- und Tourismusabteilung“ im Rathaus wird im kommenden Jahr durch die Fortführung des von Anne Kerbe ins Leben gerufenen „Neckarbischofsheimer Sommer“ zur Weiterentwicklung des kulturellen Lebens in Neckarbischofsheim beitragen.

Das Sport- und Freizeitangebot in unserer Stadt wird durch die Fertigstellung des 2. Sportplatzes im Ablassweg eine weitere Aufwertung erfahren. Den Sportlerinnen und Sportlern stehen Hallen- und Freiflächen in genügender Anzahl zur Verfügung und die Unterhaltung und Pflege derselben wird ebenfalls seit Jahren durch die städtischen Bediensteten hervorragend geleistet. Das Hallenbad allerdings, das mittlerweile in das 34. Jahr geht, wird in den nächsten Jahren einen weiteren finanziellen Aufwand erfordern, ist es doch von Grund auf sanierungsbedürftig. Nachdem derzeit noch kein Sanierungskonzept vorliegt, gehen wir davon aus, nachdem keine Mittel im Haushalt eingestellt sind 2009 keine Maßnahmen geplant sind.

Auch die Unterhaltung des August-Schütz-Freibads des Turnvereins, das aus dem Sportangebot der Stadt nicht mehr wegzudenken ist, muss mit städtischen Mitteln weiterhin unterhalten werden.

Unsere Gesellschaft ist auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Sie funktioniert nur, wenn es Menschen gibt, die sich freiwillig und ohne materiellen Lohn für andere einsetzen. In unserer Stadt gibt es viele hundert Bürgerinnen und Bürger, die uneigennützig tätig sind. Für deren vorbildliches Handeln möchte ich mich im Namen meiner Fraktion recht herzlich für das bisher geleistete bedanken. Im Haushaltsplan sind entsprechende Mittel eingeplant, um das Ehrenamt weiterhin zu unterstützen, bspw. durch die Bereitstellung der Sportplätze und Turnhallen, die den Vereinen kostenlos überlassen werden.

Städte und Gemeinden mit einer labilen Finanzausstattung fahren schnell gegen die Wand, wenn der Einfluss der Querdenker zu gering ist. Erfolgreich sind allein die Kommunen, in denen es eine Mehrheit gibt, die ein Fach- und querschnittspolitisches Denken haben, und auch bereit sind, um auf neue unabwiesbare gesellschaftliche Bedürfnisse reagieren zu können. Dabei sollte auch der Mut aufgebracht werden, die Bürgerinnen und Bürger an den zusätzlichen Kosten zu beteiligen, oder Aufgaben gemeinsam mit anderen Gemeinden anzugehen, um die Kosten auf mehrere Schultern (ASG) zu verteilen. An dieser Stelle scheiden sich bekanntlich häufig die Geister.

Eine Vision ist eine weit in die Zukunft gerichtete wirkungsmächtige Zielvorstellung, die in höchstem Maße motiviert.

„Eine Vision zu haben bedeutet, die Anstrengungen der Menschen zu bündeln und ihre Tatkraft langfristig auf ein gemeinsames Ziel zu verpflichten (Hans-Olaf Henkel).“

Wir würden uns wünschen, dass auch die Stadt Neckarbischofsheim einen gedanklichen Zukunftsentwurf von der künftigen äußeren und inneren Verfassung unserer Stadt erstellt, der das Prädikat „Vision“ verdient.

Dieser sollte weit über das hinausgehen, was aus heutiger Sicht möglich erscheint. Offenbar reicht es aber heutzutage nicht mehr, **eine** Vision zu haben. Gefordert werden immer mehr „Visionen“. An die Stelle der großen Vision treten dann wieder viele kleine „Visiönchen“, sofern es so etwas überhaupt gibt.

Viel wichtiger als Visiönchen zu formulieren ist allerdings, weit über den Tag hinaus zu denken, zu erkennen, welche Herausforderungen in fünf, zehn oder zwanzig Jahren auf Neckarbischofsheim zukommen und unsere Stadt auf sie vorzubereiten.

Hoffen wir, dass wir mit dem vorliegenden Haushalt 2009 ein kleines „Visiönchen“ anstoßen können, bis uns die große Vision kommt.

Im Namen der CDU/UW-Fraktion danke ich der Verwaltung und hier besonders unserem Bürgermeister Herrn Vogt, sowie dem Stadtkämmerer Herrn Hack für die umfassende Aufarbeitung und die fachlich kompetente Ausarbeitung des vorliegenden Zahlenwerks, sowie den Kollegen der SPD/FW-Fraktion für das sachlich faire und konstruktive Miteinander, auch wenn wir ab und zu mal nicht einer Meinung waren.“

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt zum Haushalt 2009 für die SPD/FW-Fraktion folgendes aus:

„Lassen Sie mich in diesem Jahr ein Bild aus dem Sport gebrauchen, um den Haushaltsplan 2009 und unsere Position transparent zu machen.

Haushalt ist ein bisschen wie Eiskunstlaufen, und damit meine ich keinesfalls die eiskalte, frostige Umgebung bei dieser Sportart: Da gibt es zum einen den Verwaltungshaushalt, der die Mittel für den laufenden Betrieb der Stadtverwaltung ausweist, den Pflichtteil sozusagen, der über 80% des gesamten Haushaltsvolumens bindet. Als Kür möchte ich auf der anderen Seite den Vermögenshaushalt vor allem deshalb bezeichnen, weil Mittelbereitstellungen für Investitionen dort nur dann erfolgen können, wenn die Pflicht, nämlich die Erwirtschaftung mindestens von Zins und Tilgung im Verwaltungshaushalt, nachgewiesen wurde. Noten gibt es dann spätestens mit dem Rechenschaftsbericht und der Kommunalaufsichtlichen Prüfung.

Zum Pflichtteil ist anzumerken, dass im wesentlichen vorgegebene Übungen abzuarbeiten sind. Personal und Betriebsmittel der Verwaltung, Umlagen an Kreis und Land sowie Zins- und Tilgungsumlagen bedürfen einer Gegenfinanzierung aus Gebühren, Steuern und Zuweisungen.

Dies gelingt im vorliegenden Werk trotz höherer Kreis- und Gewerbesteuerumlage dank erhöhter Erwartungen an Gewerbesteuer- und Einkommensteueranteil sowie höherer Schlüsselzuweisungen. Unmittelbare Steuer- und Gebührenerhöhungen für unsere Bürger konnten mit Ausnahme einer unumgänglichen Anpassung der Bestattungsgebühren wiederum vermieden werden.

Effiziente, bedarfsgerechte Friedhofsgestaltung, Rettungsgerät bei der Feuerwehr und Lernmitelausstattung an den Schulen sind Beispiele, wo durch erhöhte Ansätze aktuellen Entwicklungen in der Technik Rechnung getragen werden muss. Hier bleibt leider kaum Spielraum für den Gemeinderat.

Kondition und Durchhaltevermögen ist vor allem gefragt, wenn es um die Unterhaltung und Bewirtschaftung von Straßen, öffentlichen Anlagen und Gebäuden geht. Hier würden wir uns wünschen, dass mehr gemacht werden könnte. Dennoch freuen wir uns, dass nach der erfolgten Sanierung der Talstraße in Helmhof und der Helmstadter Straße in 2009 die seit langem überfällig Obere Turmstraße an der Reihe ist und für die Aufwertung des Schlossparks samt Steinernem Haus auch noch ein paar Euro übrig sind.

Aber auch im Pflichtteil finden kleinere gestaltende Elemente zwischen den vorgegebenen Übungen durchaus ihren Platz. Im Haushaltsplan heißen diese Kunst, Kultur und Tourismus. Zur Unterstützung der Imagebildung und Vermarktung unseres Örtchens insbesondere bei Altstadtfest, Kultursommer und Kerwe, der Präsenz in den Publikationen der Burgenstraße sowie für einen neuen Internetauftritt wird ein entsprechender Betrag bereitgestellt.

Mit dem Hinweis auf die verbleibende Zuführung zum Vermögenshaushalt in einer Höhe von rund 300.000,00 € und damit einhergehend die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten, möchte ich zu den Investitionen, also zur Kür überleiten.

Einer Geradeausfahrt gleicht inzwischen die Erschließung unserer Wohnbaugebiete am Bitzenrain und im Eichertstal, wenngleich bei letzterem der Schlittschuh manchmal etwas besser geschliffen sein könnte, um ein zügigeres Gleiten übers Eis zu gewährleisten. Dennoch gehen wir bis dato davon aus, dass beide Projekte im Zeitplan liegen und auch im Eichertstal 2009 die ersten Baugenehmigungen erteilt werden können.

Ähnlich verhält es sich mit den privaten Maßnahmen im Landessanierungsprogramm. Bei Erfüllung der Fördertatbestände werden Zuschüsse vom Gemeinderat im Regelfall befürwortet. Unproblematisch stellt sich auch die Bauhoferweiterung dar; für die Einzelhandelsflächen bei der Stadthalle erlangt der Bebauungsplan demnächst Rechtskraft, so dass dem Neubau von Netto nach Bewältigung einiger Kurven und Hindernisse nun nicht mehr im Wege steht. Die Sanierungsgebietserweiterung in Neckarbischofsheim ist darüber hinaus genehmigt, so dass attraktive innerstädtische Brachen mittelfristig einer neuen Nutzung zugeführt werden können. Auch für Untergimpfern sind wir optimistisch, dass angesichts der aufgezeigten Missstände eine Aufnahme ins Programm selbstverständlich sein müsste.

Einem einfach gesprungenen Axel gleich kommen inzwischen die Bemühungen um eine ordentliche Nahverkehrsversorgung nach der Einstellung des Personenbeförderungsverkehrs auf der Schiene nach Hüffenhardt Ende 2009. Der S-Bahn Haltepunkt Neckarbischofsheim-Nord ist gesichert und die Ergebnisse aus den Verhandlungen mit der SWEG und Waibstadt zum Ausbau des P+R Platzes konkretisieren sich. Die Gestaltung einer attraktiven, aber dennoch wirtschaftlichen Busanbindung dagegen wird uns noch einiges Kopfzerbrechen bereiten.

Der zukünftige Umgang mit der Kleinkindbetreuung und den Kindergärten ist da vom Schwierigkeitsgrad schon eher ein doppelter oder gar dreifacher Rittberger. Die Kombination aller hier bestehenden Interessen und Verpflichtungen sowie die Zusammenführung der agierenden Träger – Stadt, evangelische Kirchengemeinde und NaturFreunde – in eine tragfähige Kooperation zum Wohle unserer Kinder ist eine der anspruchsvollsten Aufgaben, die Verwaltung und Gemeinderat in 2009 zu lösen haben. Baulichen Maßnahmen werden wir allerdings nur dann zustimmen, wenn ein langfristig tragfähiges Konzept vorliegt und diese unabwendbar sind.

Auf dünnes Eis begeben wir uns mit dem vorliegenden Plan hinsichtlich der veranschlagten Maßnahmen zum Um- und Ausbau des Schulzentrums. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung mit ständig rückläufigen Schülerzahlen und der landesweit anhaltenden Diskussion um die Zukunft unseres dreigliedrigen Schulsystems, im Speziellen unserer Hauptschulen, bleibt ein Gefühl der Unsicherheit, ob die 2009 bis 2011 insgesamt veranschlagten Mittel richtig platziert sind. Die SPD/FW-Fraktion trägt die Entscheidung zur Modernisierung der Unterrichtsräume und dem Einbau der Mensa dennoch mit in der Hoffnung, dass wir hier nicht einbrechen und nachhaltig zur Attraktivitätssteigerung unseres Gymnasiums beitragen.

Wie sich unabhängig davon die sog. Bildungsoffensive der Landesregierung in unserer Region auswirkt und wie es mit unserer Hauptschule, gegebenenfalls in einer gemeindeübergreifenden Kooperation, weitergeht, werden wir 2009 zu beraten und zu entscheiden haben.

Inwieweit die genannten Maßnahmen und die damit einhergehende Neuverschuldung einen nachhaltigen Mehrwert für unser Städtchen und seine Ortsteile bewirken, bleibt abzuwarten. Die heutzutage viel zitierten Alleinstellungsmerkmale sind bei realistischer Betrachtung in unserer Region mit Ausnahmen nicht allzu üppig und wenn nicht gerade überproportionale Gewerbesteuererinnahmen oder privates Engagement außergewöhnliche Maßnahmen ermöglichen, haben alle Kommunen mit denselben Problemen zu kämpfen.

Und bleiben wir noch beim Bild vom Schlittschuhlauf: Der Coach mit seinem Team hier links von mir hat angesichts der geschilderten Umstände gute Arbeit geleistet, die finanzielle Basis ist gerichtet, d.h. der Haushaltsplan ist ausgeglichen, und Trainingserfolge werden wir dann hoffentlich im kommenden Jahr zu verbuchen haben.

Zum Schluss noch ein Wort in eigener Sache:

Dies ist der letzte Haushaltsplan des Gemeinderats in seiner jetzigen Zusammensetzung. Die beiden Fraktionen, so mein Resümée, haben in den vergangenen fünf Jahren stets hart aber fair immer im Dienste der Sache miteinander gerungen. Dafür möchte ich mich hier nochmals bedanken. Dass die Themen an Komplexität zunahmten und wir uns die Entscheidung oft nicht leicht gemacht haben, was auch an den permanent länger gewordenen Sitzungen abzulesen ist, hat dem keinen Abbruch getan.

Nächstes Jahr im Juni ist Gemeinderatswahl. Wie vorgetragen bleibt es spannend. Ich hoffe und wünsche mir, dass sich genügend Interessierte aus Neckarbischofsheim, Helmhof und Untergimpfern für unsere jetzt aufzustellenden Listen melden und anschließend auch neue Gesichter hier im Gremium vertreten sein werden. Für alle, die sich noch nicht recht entscheiden können, möchte ich noch hinzufügen, dass die ersten Gehversuche auf dem kommunalpolitischen Eis natürlich immer etwas wackelig sind, die Sturzgefahr aber angesichts der Hilfestellung seitens der erfahrenen Kollegen und Kolleginnen praktisch nicht vorhanden ist.“

Beschluss:

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 582, ber. 698) in der heute geltenden Fassung hat der Gemeinderat am 16. Dezember 2008 folgende

HAUSHALTSSATZUNG

für das Haushaltsjahr 2009 beschlossen.

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. Einnahmen und Ausgaben von je		9.232.000,00 €
davon im Verwaltungshaushalt	7.516.000,00 €	
im Vermögenshaushalt	1.716.000,00 €	
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahme (Kreditermächtigung) i. H. v.		325.000,00 €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von		0,00 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf **1.500.000,00 €** festgesetzt.

§ 3

Die Steuersätze werden festgesetzt:

1. für die Grundsteuer		
a) für die land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf		390 v.H.
b) für die Grundsteuer (Grundsteuer B) auf die Steuermessbeträge		395 v.H.
2. für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital auf		340 v.H.

§ 4

Der Stellenplan ist Bestandteil dieser Satzung.

Neckarbischofsheim, den 16. Dezember 2008

Hans-Joachim Vogt, Bürgermeister

Abstimmung: 14 Ja

03. Pauschalausschreibung zu Straßensanierungsarbeiten hier: Auftragsvergabe

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die Ausschreibung zum 31. Dezember 2008 endet. Allerdings gibt es die Möglichkeit, diese Ausschreibung um ein Jahr zu verlängern. Nachdem nicht zu erwarten ist, dass der Stadt Neckarbischofsheim ein besseres Angebot zu den Straßensanierungsarbeiten von einer anderen Firma vorgelegt wird, schlägt die Verwaltung vor, den Vertrag mit der Fa. Riedelberger aus Sinsheim-Steinsfurt auf die Dauer von einem Jahr zu verlängern.

Stadtrat Walter Freudenberger stimmt dem Vorschlag zur Verlängerung zu, bittet aber darum, dass die Straßen- und Gehwegsanierungen besser mit dem Gemeinderat abgestimmt werden. Er schlägt vor, auch die Einwohner zu fragen, ob diese Wünsche haben, welche Straßen zu sanieren sind. Im übrigen stellt er fest, dass die Fa. Riedelberger saubere Arbeit leistet.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass es viele Wünsche aus der Bevölkerung gibt, allerdings die Haushaltsmittel für die Erfüllung der Wünsche nicht ausreichen. Die Verwaltung ist bemüht diejenigen Stellen zu sanieren, die den größten Erfolg versprechen. Diese Sanierungsarbeiten sind allerdings nicht deckungsgleich mit denen aus der Bevölkerung. Der Gemeinderat wird aber über einzelne Arbeiten künftig informiert.

Stadträtin Karin Bender bittet um Auskunft, ob die Vertragsverlängerung das gleiche Volumen wie bisher (15.000,00 €) beinhaltet.

Dies wird ihr von Bürgermeister Vogt bestätigt, der weiter ausführt, dass die restlichen eingeplanten Mittel für Maßnahmen freigehalten werden müssen, die im Voraus nicht planbar sind.

Im übrigen hat die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg der Vertragsverlängerung zugestimmt.

Beschluss:

Der Jahresvertrag mit der Firma Riedelberger, Sinsheim-Steinsfurt, für die Straßensanierungsarbeiten in Neckarbischofsheim und den beiden Stadtteilen Helmhof und Untergimpfern wird um ein Jahr verlängert.

Abstimmung: 14 Ja

04. Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Jahr 2008

hier: Genehmigung der eingegangenen Spenden durch den Gemeinderat

Bürgermeister Vogt ist bei diesem TOP befangen und begibt sich zu den Zuhörern. BM-Stellvertreterin Karin Bender übernimmt bei diesem TOP den Vorsitz im Gemeinderat.

BM-Stellvertreterin Karin Bender nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat, den eingegangenen Spenden in Höhe von 3.320,20 € zuzustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die eingegangenen Spenden in Höhe von 3.320,20 € aufgrund der Richtlinien von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Jahr 2008.

Abstimmung: 13 Ja

05. Ausschreibung einer Ausbildungsstelle für eine/n Beamten/Beamtin des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes

hier: Ausbildung zum/zur Diplom-Verwaltungswirt/in (FH) zum 01.09.2009

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet um Zustimmung zur Ausschreibung der Ausbildungsstelle für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu, eine Ausbildungsstelle für eine/n Beamten/Beamtin des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes (Ausbildung zum/zur Diplom-Verwaltungswirt/in (FH) zum 01. September 2009 bereit zu stellen. Die Ausbildungsstelle wird mit dem in der Vorlage aufgeführten Text im Nachrichtenblatt des Gemeindeverwaltungsverbandes Waibstadt ausgeschrieben.

Abstimmung: 14 Ja

06. Bekanntgaben

2. Ausgleichstockzuschuss 2008

Mit Schreiben vom 11. Dezember 2008 wurde der Stadt Neckarbischofsheim der zweite Ausgleichstockzuschuss für das Jahr 2008 bewilligt. Der Zuschuss in Höhe von 40.000,00 € wurde vom Ausgleichstock für die Sanierung des Alten Schlosses gewährt. Wegen der Fördermittel aus dem Landessanierungsprogramm ist der Zuschuss vom Ausgleichstock allerdings nur in bescheidenem Umfang gewährt worden.

Einladung zur Winterfeier der SG Untergimpfern

Den Mitgliedern des Gemeinderat geht in Kopie die Einladung zur Winterfeier der SG Untergimpfern zu, die am Samstag, 17. Januar 2009 um 19.30 Uhr im Gemeinschaftshaus Helmhof stattfindet.

Bündelausschreibung Nahverkehr

Ende Januar 2009 erfolgt die Bündelausschreibung für den Nahverkehr (Busverkehr) im Rhein-Neckar-Kreis. Mit großer Freude hat die Verwaltung zur Kenntnis genommen, dass die Bemühungen, eine Anbindung der Stadt Neckarbischofsheim in Richtung Heilbronn zu erreichen, Früchte getragen haben. Zum ersten Gespräch wurden von Seiten des Rhein-Neckar-Kreises jeweils ein Vertreter des Verkehrsverbunds Heilbronn und der Stadt Bad Rappenau eingeladen. Die Verwaltung ist bestrebt, zwischen dem Bahnhof in Bad Rappenau und dem S-Bahn-Anschluss an der Haltestelle Neckarbischofsheim-Nord eine Querverbindung einzurichten.

Neujahrsempfang 2009

Die Mitglieder des Gemeinderats erhalten eine schriftliche Einladung von Bürgermeister Vogt zum Neujahrsempfang, der am Sonntag, 04. Januar 2009 um 17 Uhr in der Stadthalle in Neckarbischofsheim stattfindet. Im Mittelpunkt des Neujahrsempfangs steht das 650-jährige Jubiläum des Stadtteils Untergimpfern und das 100-jährige Vereinsjubiläum des Turnverein Neckarbischofsheim.

Broschüre „Statistik Kommunal“

Die Mitglieder des Gemeinderats erhalten die Broschüre „Statistik Kommunal“, die das Statistische speziell für die einzelnen Kommunen im Land angefertigt hat. Wem die speziellen Zahlen für Neckarbischofsheim nicht ausreichen, kann sich im Internet auf der Homepage des Statistischen Landesamts Vergleichszahlen aus anderen Kommunen anzeigen lassen.

07. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Walter Freudenberger zeigt sich erfreut wegen des zusätzlichen Zuschusses aus dem Ausgleichstock für das „Steinerne Haus“.

Danach fragt er nach, wer die Bituminierungsarbeiten entlang des Entwässerungsgrabens von der Waibstadter Straße bis zum Bahnübergang am Rückhaltebecken in Auftrag gegeben hat, und wer die Kosten trägt.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass im Flurbereinigungsverfahren von der Stadt Neckarbischofsheim und der Gemeinde Helmstadt-Bargen beschlossen wurde, dass der Feldweg bituminiert wird, um eine Radwegeverbindung zwischen den beiden Kommunen zu erhalten. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an den Kosten in dem Maße, wie es für die Herstellung eines Radweges üblich ist. Die restlichen Kosten teilen sich die Stadt Neckarbischofsheim und die Gemeinde Helmstadt-Bargen.

Stadtrat Walter Freudenberger fragt nach, wie hoch die Kosten für die Stadt Neckarbischofsheim sind und stellt fest, dass an dieser Entscheidung der Gemeinderat nicht beteiligt wurde.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass der Beschluss im Rahmen des Umlegungsverfahrens erfolgte.

Stadtrat Walter Freudenberger fügt an, dass wenn schon Radwegeverbindungen erschlossen werden, auch der Bitzweg dann einbezogen werden soll, da hier die Kinder mit dem Fahrrad bereits im Schlamm stecken bleiben.

Stadtrat Dr. Rainer Köthe führt aus, dass die Ausschilderung der Straßensperrung wegen der Baumfällarbeiten zwischen Untergimpfern und Obergimpfern mehr als schlecht war, so dass seine Kunden nicht nach Untergimpfern gefunden haben. Ein Beschwerdebrief wurde deshalb von ihm auch an das Rathaus in Bad Rappenau, zu Händen von OB Blättgen gesendet.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Stadt Neckarbischofsheim nicht in die Sperrung einbezogen war, sondern dass diese über die Straßenbauverwaltung erfolgte.

Stadtrat Norbert Benz findet es positiv, dass der Radweg zwischen Helmstadt-Bargen und Neckarbischofsheim ausgebaut wird, der sicherlich gut angenommen wird. Er regt in diesem Zusammenhang an, an der Abzweigung nach Neckarbischofsheim auf die Sehenswürdigkeiten der Stadt (Schlosspark) und die Gastronomiebetriebe hinzuweisen. Über das Industriegebiet könnten die Radfahrer den Schlosspark anfahren.

Stadtrat Norbert Benz stellt fest, dass er eigentlich gegen die Aufstellung von Schildern ist und eher einen Schilderabbau wünscht. Allerdings hat er in einer schwäbischen Gemeinde am Ortseingang eine Beschilderung gesehen, die auf die Vermarktung des dortigen Neubaugebiets hingewiesen hat. Um das Neubaugebiet „Eichertstal“ besser zu vermarkten, das in Richtung Flinsbach doch etwas versteckt liegt, schlägt er vor, an den Ortseingängen ein großes Schild für die Vermarktung (Bild mit Bauplätzen und Telefon-Nummer) anzubringen. Vielleicht könnte dieses Hinweisschild für eine Belebung beim Bauplatzverkauf sorgen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek teilt mit, dass ihm aus dem Lehrerkollegium und von Schülerinnen und Schülern am Adolf-Schmittthener-Gymnasium mitgeteilt wurde, dass die Klassen- und Fachräume während des Schulbetriebs nicht entsprechend beheizt sind und die Temperatur teilweise unter 20 Grad Celcius liegt.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass er dies nicht nachvollziehen kann, denn bei der Elternbeiratssitzung am gestrigen Abend im Zeichensaal hatte er nicht den Eindruck, dass es „frisch“ war. Für die Klassenzimmer kann er dies ebenfalls nicht beurteilen. Die Steuerung der Heizung ist auf jeden Fall in Ordnung. Er wird aber wegen der Einstellungen bei der zuständigen Stelle nachfragen. Im übrigen ist er der Meinung, dass wenn die Fenster geschlossen gehalten würden, es in die Klassenzimmern nicht kalt sein dürfte.

Stadtrat Norbert Benz bittet um Auskunft, ob über den Brief, der von der Schulleitung des Adolf-Schmitthenner-Gymnasium an den Gemeinderat gesandt wurde im öffentlichen oder im nichtöffentlichen Teil gesprochen wird.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass dies im nichtöffentlichen Teil geschehen wird. Er teilt weiter mit, dass bei der Elternbeiratssitzung diese Thematik angesprochen wurde und die ganze Angelegenheit nicht so problematisch ist, wie dies im Brief aufgeführt ist.

Stadtrat Walter Freudenberger nimmt Bezug auf einen Bericht in der Rhein-Neckar-Zeitung, der die derzeitigen Wasserpreise im Kraichgau behandelt hat. Er zeigt sich verwundert, dass Neckarbischofsheim mit einem Wasserpreis in Höhe von 1,61 € einer der Spitzenreiter ist, hingegen Waibstadt, trotz des Bezugs von Bodenseewasser, lediglich einen Wasserpreis von 1,04 € hat.

Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass einem langjährigen Stadtrat bekannt sein müsste, wie eine Gebührenkalkulation erfolgt. Die Wasserpreise für Neckarbischofsheim werden durch den Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach für alle angeschlossenen Gemeinden kalkuliert und festgelegt. Hierbei spielt das Mischungsverhältnis wegen dem Bodenseewasser keine Rolle. In Waibstadt allerdings ist ein Betrieb, der sehr viel Wasser verbraucht, und somit den Gebührensatz für die Waibstadter Bürgerinnen und Bürger um ein vielfaches senkt. Die Gemeinde Epfenbach hingegen hat exorbitante Abwassergebühren und subventioniert den Gesamtpreis für Wasser- und Abwasser mit dem beschlossenen Wasserpreis.

08. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Zum Abschluss der öffentlichen Sitzung bedankt sich Bürgermeister Vogt bei den zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer für deren Teilnahme an der Sitzung und wünscht allen Anwesenden gesegnete Feiertage und einen guten Rutsch in das neue Jahr. Er bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass man sich im nächsten Jahr wieder gesund sieht und mit gleicher Schaffenskraft an die Arbeit gehen kann.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: